

Medienmitteilung vom 18. Januar 2011

Regierungsrat verharmlost geplantes Atommülllager

An der heutigen Medienkonferenz zur Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 hat der Regierungsrat bekräftigt, dass die Kantonsregierung ein neues Atomkraftwerk in Mühleberg ablehnt. Die Grünen Kanton Bern begrüssen diese Stellungnahme. Allerdings kritisieren die Grünen, dass der Regierungsrat die Chance verpasst hat, die Stimmbevölkerung transparent über die Frage nach der Atommüllagerung in Mühleberg zu informieren.

Am 13. Februar stimmen die Bernerinnen und Berner über ihre Haltung zu einem neuen Atomkraftwerk in Mühleberg ab, welches vier Mal so gross wäre wie das heutige. Die Grünen sind seit jeher entschieden gegen ein neues AKW im Kanton Bern: Atomkraft ist gefährlich und der Neubau von AKWs bremst jede Chance auf ökologische und sichere Alternativen umzusteigen.

Seit vergangenem Wochenende wird in den Medien thematisiert, dass die BKW in Mühleberg auch ein Lager für hochradioaktiven Atommüll bauen will. Diese zentrale Information wird den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in den Abstimmungsunterlagen vorenthalten. Für die politische Meinungsfindung ist sie aber von entscheidender Bedeutung: Der Bau von Lagern für radioaktive Abfälle stösst weltweit – auch in der Schweiz – auf massiven Widerstand der Bevölkerung. Ein solches Lager durch die Hintertüre einzurichten, ist daher unredlich.

An der Medienkonferenz von heute Dienstag wurde eine Gelegenheit verpasst, die Stimmbevölkerung unmissverständlich und transparent über das geplante Atommülllager in Mühleberg aufzuklären. Mit der Aussage, dass schon heute ein Zwischenlager in Mühleberg bestehe, werden die Absichten der BKW erheblich verharmlost. So beabsichtigt die BKW, im Lager in Mühleberg auch radioaktive Abfälle aus anderen AKW zu lagern. Damit sind künftig Atommülltransporte nach Mühleberg zu erwarten. Zustände wie im deutschen Gorleben wollen wir uns in Bern aber ersparen. Zudem: Eine Lagerstätte für hochradioaktiven Müll direkt vor der Haustüre der Bundeshauptstadt Bern und im Herzen des Agrargebietes Seeland wäre ein Fehlentscheid sondergleichen. Auch ist richtigzustellen, dass das Lager den Standort Mühleberg mindestens für drei und mehr Generationen belasten würde, ist doch eine Lagerung bis zu 30 Jahren über die Laufzeit des AKWs hinaus vorgesehen.

Bei wem der Fehler für die misslungene Kommunikation gegenüber der Stimmbevölkerung liegt, ist letztendlich irrelevant. Fakt ist, dass die Stimmbevölkerung in einem entscheidenden Punkt nicht informiert wurde. Der Regierungsrat hat heute eine Chance verpasst, die Bevölkerung transparent über die Atommüllagerung in Mühleberg zu informieren. Die Grünen erwarten, dass diese Unterlassung korrigiert wird.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68